

PM 208 - 12.12.2013

Wir brauchen die Ausbildungsgarantie

Anlässlich der Veröffentlichung aktueller Zahlen zum Ausbildungsmarkt erklärte Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, am Donnerstag in Berlin:

„Die Bilanz des Ausbildungsjahres 2013 ist verheerend: Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist mit 530.715 auf den mit Abstand niedrigsten Wert seit der Deutschen Einheit gefallen. Erneut ist die Zahl der Berufsausbildungsplätze um 20.544 Stellen und damit 3,7 Prozent gesunken. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen fliehen aus der Ausbildung. Die Quote der Ausbildungsbetriebe ist mit 21,7 Prozent auf dem tiefsten Stand seit 1999 angelangt. Gleichzeitig können vor allem Betriebe in den Problembranchen mit schlechter Ausbildungsqualität – wie etwa Gaststätten und Hotels – ihre Ausbildungsplätze oft nicht besetzen. Junge Menschen mit Hauptschul- und mittlerem Schulabschluss schaffen allzu oft noch immer nicht den Sprung von der Schule in die Ausbildung. Noch immer befinden sich rund 267.000 Jugendliche in den Warteschleifen des Übergangsbereichs.

Diese Zahlen zeigen: Bund, Länder und Sozialpartner müssen gemeinsam die duale Berufsausbildung wieder stärken. Junge Menschen haben ein Recht auf Ausbildung. Die Betriebe dürfen nicht nur über den vermeintlichen Fachkräftemangel und Akademisierungswahn klagen, sie müssen endlich wieder mehr ausbilden. Eine neue Bundesregierung sollte durch eine gesetzliche Ausbildungsplatzgarantie sicherstellen, dass alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen auch einen Ausbildungsplatz bekommen und nicht in Warteschleifen oder ungewünschte Alternativen abgeschoben werden.“

Der bisher niedrigste Stand an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurde im Jahr 2005 mit 550.180 erreicht.

Solidarität Demokratie Zukunft
GEGEN BLENDE
Das gewerkschaftliche Debattenmagazin

Mittwoch,
13. November 2013

Neoliberaler Extremismus - Wie die neoliberale Hegemonie die Formierung der europäischen Neuen Rechten befördert

Tomasz Koniecz

Sind Europas rechte Rattenfänger die wahren politischen Krisenprofiteure? Die Eurokrise scheint tatsächlich vor allem eine politische Entwicklung beschleunigt zu haben: den Aufstieg einer populistischen oder extremistischen Rechten, der sich in Wahlerfolgen wie erschreckend hohen Zustimmungswerten äußert. Wahlsiege von Rechtsparteien oder eine im Aufstieg befindliche Rechtsbewegung charakterisieren die politische Landschaft in so unterschiedlichen Ländern wie Österreich, Norwegen, Großbritannien, Finnland, Ungarn, Griechenland oder der Schweiz.

Selbstverständlich reiht sich auch das Wahlergebnis in der Bundesrepublik in diesen europäischen Rechtstrend ein. Werden die Stimmen der knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten FDP und der „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit denen der CDU addiert, dann haben rund 51 Prozent aller an der vergangenen Bundestagswahl teilnehmenden Bundesbürger ihre Stimme einer Partei der politischen Rechten gegeben. Zudem wächst gerade mit der AfD eine klassisch rechtspopulistische Kraft heran, die ihre programmatische Euroskepsis mit deutschümelndem Chauvinismus und offenem Hass auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen paart.

Während Parteichef Bernd Lucke im Wahlkampf unter tosendem Applaus vor dem „sozialen Bodensatz“ warnte, den „Ausländer“ in der Bundesrepublik bilden würden, forderte der außenpolitische Sprecher der AfD gar eine Rückkehr zur bismarckschen Außenpolitik und eine „selbstbewusste Vertretung nationaler Interessen“ durch Berlin – ganz so, als ob es nicht die Bundesregierung gewesen wäre, die Europa das eiserne Spardiktat aufoktroierte, unter dem viele Krisenländer leiden. Dass auch Arbeitslose für die Rechtspopulisten ebenfalls nur Menschen zweiter Klasse darstellen, machte etwa der AfD-Mann Konrad Adam deutlich, der allen Ernstes die Abschaffung des Wahlrechts für alle Bundesbürger forderte, die nicht ihren Lebensunterhalt selber verdienen können.

Der Extremismus der Mitte

Dabei stammt das Personal der AfD - deren Spitzenkräfte den Vorwurf des Populismus empört zurückweisen - keinesfalls von den „Rändern“ der Gesellschaft. Es sind honorige, gutbürgerliche Gestalten wie eben der Wirtschaftsprofessor Lucke, oder Figuren aus der Oberschicht wie die Lobbyistin Beatrix von Storch, die das mediale Erscheinungsbild der „Professorenpartei“ AfD prägen. Ähnlich verhält es sich bei den meisten rechtspopulistischen Parteien Europas, deren Führungsfiguren und Parteianhang überwiegend in der Mittel- und Oberschicht der betroffenen Länder zu finden sind.

Aus Platzgründen kann nicht der gesamte Artikel abgedruckt werden. Es ist nachzulesen unter:

<http://www.gegenblende.de/24-2013/++co++a91f8176-4d3a-11e3-81b0-52540066f352>